

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS

Verhandlungsschrift

über die am **Mittwoch, den 13.4.1988 um 20.15 Uhr** im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene **35. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.**

Anwesend: Bürgermeister Harald WEKERLE als Vorsitzender, Vizebürgermeister Gerhard REBHOLZ, die Gemeinderäte Ing. Werner NETZER, Dipl.Vw. Otmar TSCHANN und Ludwig KIEBER, sowie die Gemeindevertreter, bzw. Ersatzleute Peter VONBANK, Ing. Rudolf HAUMER, Hans NEYER, GV Jakob GANAHL, Fritz NETZER, Wilhelm GANTNER, Dr. Hansjörg CZINGLAR und Dipl.Ing. Manfred JÄGER für die ÖVP; Mag.Dr. Siegfried MARENT, Werner BITSCHNAU, Mag. Manfred HANISCH und Franz NETZER für die SPÖ und Parteifreie; DDr. Heiner BERTLE, Mag. Siegfried NEYER, Dr. Edgar DÜNGLER und Ernst FITSCH für die FPÖ und Parteifreie Bürger; Schriftführer: GSekr. Dr. Oswald HUBER.

Entschuldigt abwesend: GR Gerhard WILLE, GV MR Dr. Hermann SANDER, GV Ing. Kurt PRAUTSCH und GV Manfred KONZETT;

Abwesend: Dipl.Ing.Dr. Ernst PÜRER und Rudolf LISCHKA jun.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des GG. zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mandatäre und Zuhörer und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte Tagesordnung

- 1) **Ortskanalisation**, Vergabe der Baumeisterarbeiten inkl. Rohrlieferungen für die Kanalstränge Nr. 3, 3a, 20b, 20f und 20g;
- 2) **Abwasserverband Montafon**, Rechnungsabschluß 1987;
- 3) **Johann Wiederin-Weg (Gp 1039/7)**, Übernahme in das öffentliche Gut (Straßen und Wege);
- 4) **Montjolastraße**, Grundablöse für Gehsteig;
- 5) **Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung**, bedingt durch zu erwartendes erhöhtes Verkehrsaufkommen aufgrund des Neubaus der Kristbergbahn (Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);
- 6) **Stand Montafon**, Antrag auf Abhaltung öffentlicher Sitzungen, wie im Statut für den Standesausschuß von Montafon aus dem

Jahre 1865 festgeschrieben - Beauftragung des Bürgermeisters
(Antrag der Fraktion SPÖ und Parteifreie);

- 7) Radwegekonzept Montafon;
- 8) Dienstgeberdarlehen, Gewährung;
- 9) Berichte und Allfälliges.

zu 1)

Der Vorsitzende erläutert an Hand von Plänen das Detailprojekt "Zentrum-Montjola-Außerlitz" der Ortskanalisation Schruns, Bauabschnitt 05. In Abänderung des ursprünglichen Projektes wird vorgeschlagen, anstelle des Kanalstranges 20 b den Kanalstrang 20 d (Hillbrand, Polanc) in Angriff zu nehmen, was allerdings eine geringe Vergrößerung des Bauvolumens zur Folge hat. Die Vorziehung dieses Kanalstranges erscheint aufgrund der Arbeiten an der Montjolastraße sinnvoll.

Die öffentlich ausgeschriebenen Baumeisterarbeiten, inkl. Rohrlieferungen für die Kanalstränge Nr. 3, 3a, 20d anstelle von 20b, 20f und 20g (Bauabschnitt 05, Detailprojekt "Zentrum - Montjola - Ausserlitz") werden einstimmig - die GV Peter VONBANK und Dipl. Ing. Manfred JÄGER enthalten sich wegen Befangenheit der Abstimmung - an die Firma Gebr. Vonbank, Schruns, als Bestbieter, mit der Nettoangebotssumme von S 2.347.183,- vergeben.

zu 2)

Ein Protokollauszug der Sitzung des Abwasserverbandes wurde den Mandataren mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung zugestellt. In Ergänzung dazu gibt der Vorsitzende eine Übersicht über die Entwicklung des "Illwerke-Geldes". Das ursprüngliche Guthaben der Marktgemeinde Schruns belief sich auf S 5.931.021,62, per Saldo 30.03.1988 stehen noch S 1.431.243,64 zur Verfügung, was nach vorsichtiger Schätzung noch ca. zwei Drittel des Jahres 1989 abdecken wird. Der Rechnungsabschluß wurde von den von den Verbandsgemeinden bestellten Rechnungsprüfern ohne besondere Beanstandungen geprüft.

Dem Rechnungsabschluß 1987 des Abwasserverband Montafon wird, vorbehaltlich der Genehmigung der Mitgliederversammlung, mehrheitlich (4 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie mit der Begründung, daß die Kosten nicht mehr tragbar sind) die Zustimmung erteilt.

zu 3)

Der Vorsitzende berichtet, daß die betroffenen Grundeigentümer bereits im Jahre 1973 ihre Zustimmung zur Übernahme des Johann Wiederin-Weges (Gp 1039/7) in das öffentliche Gut erteilt hatten. Der Weg wurde inzwischen auf Kosten der Gemeinde geteert, auch die Schneeräumung erfolgte immer kostenlos. Im Zuge eines Bauverfahrens wurde aktenkundig, daß diesbezüglich noch keine grundbü-

cherliche Eintragung erfolgte. Es gelte nun einen formalen Beschluß dahingehend zu fassen, die Gp 1039/7 im Ausmaß von 989 m² in das öffentliche Gut zu übernehmen.

Die Breite des Johann Wiederin-Weges betrage laut Katasterplan 4 m, in der Natur habe er eine Breite von ca. 4,20 m.

GV Werner BITSCHNAU spricht sich für eine Übernahme aus, vermerkt jedoch, daß der jetzige Weg sehr schmal sei und man Überlegungen dahingehend anstellen sollte, den Weg zu verbreitern bzw. Ausweichen zu schaffen.

Nach GR Ing. Werner NETZER muß vor einer Verbreiterung erst die Funktion des Weges überprüft werden.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die Gemeinde den Weg in der derzeitigen Ausgestaltung übernimmt. Die angesprochenen Maßnahmen können dann immer noch getroffen werden.

Es wird stimmenmehrheitlich beschlossen (1 Gegenstimme: GR Ludwig KIEBER sieht keinen Vorteil in der Übernahme des Weges - welcher Privatcharakter hat - in das öffentliche Gut, da hiedurch der Gemeinde nur Kosten erwachsen), den Johann Wiederin-Weg (Gp 1039/7) in das öffentliche Gut (Straßen und Wege) zu übernehmen.

zu 4)

Der Ausbau der Montjolastraße, Bauabschnitt 1, umfaßt ab Haus "Geiger" eine Erneuerung des Unterbaues, der Kiebers Rank wird ausgebaut und der gesamte Straßenbelag bis zur Ausweiche "Kasper" erneuert. Das Straßenprojekt wurde bereits von der Gemeindevertretung genehmigt.

Nach wiederholten Gesprächen habe sich Herr Witzani überraschenderweise bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen einen Meter seines Grundes für die Errichtung des Gehsteiges abzutreten. Seine Bereitschaft habe bei den anderen Grundeigentümern ein positives Echo ausgelöst, sodaß nun eine Realisierung des Gehsteiges laut vorgelegtem Plan grundsätzlich möglich erscheint. Dieses Projekt umfasse einen bergseitigen Gehsteig (Bodingbauer - Witzani - Rhombberg) mit Querung zum Haus Brennwald. Vom Haus Bodingbauer talwärts soll der Gehsteig zu einem späteren Zeitpunkt so ausgeführt werden, daß ein Drittel der bergseitigen Mauer abgetragen und der Gehsteig in einer Breite von 1,50 m errichtet wird, welcher den Lavadielbach mit einem Steg überquert und in den Bergknappenweg einmündet.

Der Gehsteig soll in einer Breite von mindestens 1.20 m errichtet werden. Daher ist es notwendig, die Mauern zurückzusetzen und für die in Wegfall kommenden Abstellplätze Ersatz zu schaffen.

Die Familie Bodingbauer fordert die Errichtung eines Einstellplatzes und einer baubedingten Stütz- und Stiegenmauer sowie eine Barleistung von S 8.000,-.

Herr Witzani fordert die Errichtung eines Abstellplatzes, die Übernahme der Kosten für die Errichtung eines Einstellplatzes und die baubedingte Änderung des Stiegenaufganges sowie eine zusätzliche Barleistung von S 15.000,-.

Ing. Rhomberg hat sich ebenfalls bereit erklärt, Grund abzutreten. Da jedoch durch die Errichtung des Gehsteiges der Autoabstellplatz vor seiner Garage wegfällt, auf welchen er nicht verzichten kann, fordert er die Rückversetzung der Garage auf Kosten der Gemeinde.

Richard Sander fordert die Wiedererrichtung der Mauer und aller Anschlüsse. Barleistung ist keine vorgesehen.

Frau Brennwald fordert für die notwendige Grundabtretung die baubedingte Errichtung einer Stützmauer und die Erneuerung der restlichen Straßeneinfriedung.

Probleme haben sich insbesondere auch dadurch ergeben, daß Herr Franz Bitschnau befürchtet, daß sein Haus infolge des Einsatzes von LKW's durch Erschütterungen Schaden erleidet. Für die Errichtung der von ihm geforderten talseitigen Mauer ist das Landesstraßenbauamt zuständig. Herr Franz Bitschnau habe eine Verbreiterung der Straße in seinem Bereich unter gewissen Bedingungen für möglich erachtet.

Da die Errichtung des Gehsteiges Aufgabe der Gemeinde ist, wurden für die gesamten Baumaßnahmen (Randsteine, Asphaltierung, Stützmauer und Einstellplätze) Kosten in Höhe von rund S 1,8 Mio ermittelt. Es habe sich jedoch gerade am heutigen Tage eine Möglichkeit ergeben, daß bei einer minimaler Verbreiterung der Straße das Land einen Teil der Kosten übernimmt. Der Vorsitzende könne sich vorstellen, daß entweder 10 cm des Gehsteiges der Straße zugeschlagen werden, bzw. daß in weiteren Verhandlungen eine Grundabtretung von 1.30 m erreicht werden kann und der Gehsteig 1.20 m breit bleibt. Unter diesen Voraussetzungen würden nur mehr die Asphaltierung, die Errichtung von Ein- und Abstellplätzen und die Rückversetzung der Garage der Gemeinde obliegen, wodurch der Gemeinde noch Kosten von rund 0.86 Mio Schilling verbleiben würden.

In diesem Zusammenhang gibt der Vorsitzende bekannt, daß ein ca. 15 - 20 m langer Kanalstich bis zum Haus Witzani auf Kosten der Gemeinde mitverlegt werden soll.

Das Wasserwerk habe ersucht, während des Ausbaues der Montjolastraße die dortigen alten Gußrohre vom Schacht Haus "Geiger" bis über das Baulos in den Bereich Jäger auszuwechseln. Im Budget sind wohl die Kosten für die Erneuerung, jedoch nicht für die Verlängerung über den "Kieber's Rank" hinaus, enthalten. Was den Gehsteig anlangt, müßten die im Voranschlag vorgesehenen Mittel konzentriert dafür eingesetzt werden.

Vollständigkeitshalber teilt er mit, daß seitens des Landesstraßenbauamtes eine weitere Variante hinsichtlich der Führung des Gehsteiges untersucht wird, welche vorsieht, die obere Querung etwas weiter unten vorzunehmen, um die Garage auf dem Grundstück Ing. Rhomberg nicht versetzen zu müssen. Diesbezüglich ist dann mit Ing. Rhomberg noch zu verhandeln.

Nach Ansicht von GV Werner BITSCHNAU wurde seitens der Gemeinde das Beste gemacht, allerdings müsse auf eine rasche Ausführung der Arbeiten noch vor Saisonbeginn gedrängt werden.

Auf Frage von GV DDr. Heiner BERTLE antwortet der Vorsitzende, daß die Planung des Gehsteiges mit dem Landesstraßenbauamt abgesprochen worden sei.

Weiters werde, wie bereits erwähnt, entgegen dem Beschluß des Raumordnungsausschusses, welcher eine Gehsteigbreite von 1.20 m vorsieht unter Umständen eine Reduktion auf 1.10 m vorzunehmen sein, um eine Kostenübernahme durch das Land zu ermöglichen.

Der Gehsteig liege ca. 8 cm über Straßenniveau, in den Einfahrten werde er abgeschrägt und abgesenkt. Ob die Fußgängerübergänge anstatt gemalt, gepflastert werden, muß noch abgeklärt werden.

GR Dipl.Vw. Otmar TSCHANN beurteilt die vorliegende Planung positiv, und es gelte vor allem den Anrainern Dank auszusprechen. Er hege lediglich Bedenken wegen des Fußgängerüberganges, da dieser bergseitig im Garagenvorplatzbereich Josefa Kieber zu liegen komme. Bgm. Harald Wekerle kann sich vorstellen, daß dieser etwas zurückverlegt wird, und erklärt, diese Überlegungen dem Landesstraßenbauamt mitzuteilen.

GR Ing. Werner NETZER vermerkt, daß mit der Errichtung des Gehsteiges eine andere Situation bezüglich des Fußweges eingetreten sei, wenn auch ein etwas anderes Gebiet erschlossen werde. Auf seine Anfrage antwortet der Bürgermeister, daß dadurch die Verlegung des alten "Berger-Weges" gegenstandslos und die geplante Verlegung auf "Brox" nicht berührt wird.

Den Grundablösebedingungen hinsichtlich der Errichtung eines Gehsteiges an der Montjolastraße wird einstimmig die Zustimmung erteilt. Ebenfalls erklärt man sich mit der vom Bürgermeister vorgeschlagenen weiteren Vorgangsweise einverstanden, insbesondere soll versucht werden, den Gehsteig mit einer Breite von 1,2 m zu errichten und 0.10 m für die Verbreiterung der Straße vorzusehen.

Nach der Abstimmung und Beschlußfassung wird Herrn Franz BITSCHNAU auf sein Ersuchen die Möglichkeit einer kurzen Stellungnahme gegeben. Er bringt seine Bedenken hinsichtlich der Befahrung des unteren Teilstückes mit Lkw's vor Sanierung des Untergrundes vor. Er erklärt sich auch nicht mit der vorgeschlagenen Beweissicherung einverstanden, da er sich nicht der Gefahr möglicher Schäden aussetzen will.

Der Bürgermeister erwidert, daß das Land die technischen Maßnahmen überprüfen und jedenfalls versucht werde, dem Objektschutz Rechnung zu tragen.

zu 5)

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT bringt vor, daß seine Fraktion bereits im Jahre 1985 im Rahmen des 13-Punkte-Verkehrskonzeptes den Engpaß für die Fußgänger bei der Silbertalerstraße angeführt habe. Durch

den Ausbau der Kristbergbahn, welcher nahezu eine Vervielfachung der Kapazität zur Folge habe, sei zusätzlich zur geplanten Tiefgarage mit einem noch größeren Verkehrsaufkommen zu rechnen. Das vorgeschlagene Projekt eines Tunnels von "Kasper" bis ins Tobel sei durch die von Kasper beabsichtigte Bauführung unmöglich gemacht worden. Es stelle sich nun die Frage, was die Gemeinde zu tun gedenke. Man müsse sich überlegen, wie das Land zur Entschärfung der Gefahrenstelle verhalten werden könne. Eine Druckausübung auf das Land wäre im jetzigen Stadium noch möglich, da dieses an der Bahn beteiligt ist. Diese Möglichkeit dürfe nicht verschlafen werden.

Der Vorsitzende erwidert, daß die Kristbergbahn derzeit eine Stundekapazität von 47 Personen habe und ursprünglich im Besitz einer Güterseilwegegenossenschaft gestanden sei. Durch die Kristbergbahn werde ein beliebtes Ausflugsziel erschlossen. Man habe versucht, den Charakter der Landschaft zu bewahren und die Kapazitätserweiterung entsprechend auszulegen. Die vorgesehene Eingondelbahn ermögliche eine Beförderung von max. 200 Personen in der Stunde. Die Seilwegegenossenschaft werde auch weiterhin mit 25 % beteiligt sein. Aufgrund der geringen Kapazitätsausweitung sei mit keinen nachteiligen Folgen für den Verkehr zu rechnen. Es sei daher nicht realistisch, aus diesem Titel einen Tunnel zu fordern. Ein möglicher Ausbau der Silbertalerstraße bis zum Beginn der Ausbaustrecke sei ebenfalls lt. vorgelegter Bleistiftskizzen nicht aktuell, da keine Rennbahn gewünscht werde. Außerdem habe die Gemeinde Schruns in diesem Verfahren keine Parteistellung, sodaß von einem "Verschlafen" nicht die Rede sein könne.

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT bezeichnet diese Äußerung als Bauernfängerei. Die Leute in der Landesregierung seien dem Bürgermeister bestens bekannt. Wenn er etwas wolle, warte er nicht auf eine Parteistellung, sondern werde selber aktiv. Daß kein verstärktes Verkehrsaufkommen zu erwarten sei, sei ein Glaubensbekenntnis. Seiner Ansicht nach könne nicht ein zusätzlicher Pkw verkraftet werden. Der Bürgermeister habe zu wenig Aktivität gezeigt. Er habe das gesamte Entscheidungsprojekt von Beginn an mitverfolgt, die Probleme jedoch immer verniedlicht. Hier überschneiden sich wieder einmal die Funktionen des Bürgermeisters mit der seiner Stellung als Aufsichtsrat der Hochjoch-
bahn Ges. m. b. H.

Der Bürgermeister verwahrt sich gegen den Vorwurf von Versäumnissen, die Mehrkapazität bewirke eher eine Pufferfunktion und sei im Interesse der erholungssuchenden Mitbürger und Gäste. Es wäre daher paradox, gegen dieses Projekt oder die Nachbargemeinde aufzutreten, bzw. es von einem Tunnel in Schruns abhängig machen zu wollen.

GV Jakob GANAHL schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters voll und ganz an. Die Kristbergbahn diene hauptsächlich den Silbertalern und deren Gästen.

GV Ing. Rudolf HAUMER bringt vor, daß aus den Ausführung von GV Mag.Dr. Siegfried MARENT den Vorwurf herausgehört habe, daß die Gemeindevertretung sich gegen eine bessere Straßenführung stelle. Dem sei sicher nicht so, nur erscheine es im Moment zwecklos, Forderungen an das Land zu stellen.

GV Peter VONBANK erinnert an die im Raumordnungsausschuß stattgefundene Diskussion über die Verkehrsstromzählung, bei welcher GV Mag.Dr. Siegfried MARENT leider nicht anwesend war. Hier sei auch dieses Problem behandelt worden.

GV DDr. Heiner BERTLE glaubt, daß GV Mag.Dr. Siegfried MARENT die Möglichkeiten einer Druckausübung überschätze. "Erst wenn es nicht mehr geht, wird sich etwas rühren."

GV Werner BITSCHNAU stellt klar, daß wohl fälschlicherweise der Eindruck entstanden sei, daß sich die Fraktion SPÖ und Parteifreie gegen die Kapazitätserweiterung stelle, was jedoch nicht den Tatsachen entspreche. Der Ausbau der Kristbergbahn sei sicher notwendig. Es müsse jedoch hinsichtlich des zu erwartenden, erhöhten Verkehrsaufkommens in Schruns etwas getan werden.

GV Dr. Edgar DÜNGLER verläßt um 22.00 Uhr aus terminlichen Gründen die Sitzung.

Der Antrag, im Raumordnungsausschuß zu beraten, wie das Land veranlaßt werden könnte, Maßnahmen zu setzen, um die Bevölkerung, insbesondere die Fußgänger, vor den - durch den Umbau der Kristbergbahn und der daraus resultierende Kapazitätserweiterung - Verkehrsauswirkungen zu schützen, wird stimmenmehrheitlich (13 Gegenstimmen: Fraktion ÖVP und Ernst FITSCH) abgelehnt.

zu 6)

GV Mag.Dr. Siegfried MARENT berichtet, daß er bereits im Jahre 1970/71 in Erfahrung gebracht habe, daß die Sitzungen des Standes Montafon öffentlich sind. Er habe sich sodann beim damaligen Landesrepräsentanten Ignaz Battlogg genauer erkundigt, jedoch zur Antwort erhalten, daß dem nie so gewesen sei.

In der Zwischenzeit habe er sich in anderem Zusammenhang interessiert gezeigt, den Sitzungen des Standes Montafon beizuwohnen, worauf ihm der Landesrepräsentant klar gemacht habe, daß dafür kein Platz vorhanden sei. Da er diese Äußerung nicht zu Kenntnis haben wollen, habe er dies in seiner Fraktion zur Sprache gebracht. Dort sei die Meinung vertreten worden, daß der Bürgermeister als Mitglied in einer Sitzung eine Abstimmung über die Gültigkeit der Bestimmungen im Statut beantragen soll.

Für Bürgermeister Harald WEKERLE ist die Rechtslage klar, die Sitzungen sind lt. Statut öffentlich und werden auch am "Schwarzen Brett" angeschlagen. In früheren Jahren fanden die Standessitzungen im Gemeindeamt an nichtöffentlichen Orten statt. An der Rechtslage habe sich jedoch nichts geändert. Eine Einsichtnahme in die Protokolle sei jedem Standesbürger sicher möglich. Außerdem werden - je nach Ausgang des anhängigen Rechtsstreites - die Statuten entsprechend adaptiert werden müssen.

GV DDr. Heiner BERTLE hält fest, daß sowohl der Forstfonds als auch der politische Stand öffentlich-rechtliche Institutionen darstellen. Die Gemeindevertretung ist aber nicht kompetent, den

Bürgermeister zu beauftragen, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Der Bürgermeister nimmt den Wunsch auf Abhaltung öffentlicher Sitzungen im Forstfond und im politischen Stand Montafon zur Kenntnis und erklärt, diesen in der nächsten Standessitzung dem Vorsitzenden vorzutragen.

zu 7)

Der Aktenvermerk über die am 09.03.1988 stattgefundene Besprechung bezüglich des Montafoner Radwegenetzes wurde den Mandataren mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung zugestellt. Der Vorsitzende macht insbesondere nochmals auf die Probleme im Bereich hinter der Landbrücke aufmerksam, wo keine 100 %-ige Sicherheit gegeben erscheint.

GV DDr. Heiner BERTLE sieht hinsichtlich der vorgeschlagenen Straßenführung keine Probleme, da der vorhandene Weg bereits von Fußgängern begangen werde. Es werde allerdings notwendig sein, daß die Radwegbetreiber die Haftung für eventuellen Steinschlag übernehmen. Bei Holzarbeiten wird der Radweg kurzzeitig zu sperren sein. Jedenfalls müssen die Leute auf mögliche Gefährdungen aufmerksam gemacht werden. Im Bereich Kaltenbrunnen werde ein kombinierter Weg - befestigter Radweg und Fußweg - zu errichten sein.

Das vorgelegte Radwegekonzept Montafon wird - unter der Voraussetzung, daß der Radweg nicht asphaltiert wird - einstimmig zur Kenntnis genommen. Die notwendigen Verhandlungen mit den Grundeigentümern sollen in die Wege geleitet werden.

zu 8)

Frau Evelyn Bickel, Silbertal 296, teilzeitbeschäftigte Schwester im Krankenhaus, welche sich derzeit in Karenz befindet, beabsichtigt in Bings ein Eigenheim zu errichten.

Die Gewährung eines Dienstgeberdarlehens von S 60.000,- zur Errichtung eines Eigenheimes wird einstimmig beschlossen.

zu 9)

Der Bürgermeister berichtet über:

- a) die kürzlich von Dipl.Ing. Kurt Prautsch erstellte Energiestudie, betreffend das Gemeindeamt Schruns, die Volksschule Dorf und die Turnhalle der Hauptschule Dorf.
- b) die Aussetzung der Verbauung der Kapelllawine im Jahre 1988. Er betone nochmals, daß ihn störe, daß die Wildbach- und Lawinerverbauung nicht bereit sei, auf die einzelnen Fragen einzugehen. Dipl.Ing. Aschauer habe ihm mitgeteilt, daß er zu keinem Lokalausweis kommen werde, da eine Kollaudierung von Wien aus vorgesehen sei.

Nach Ansicht des Vorsitzenden könne die Gemeinde diese Vorgangsweise nicht so ohne weiteres hinnehmen. Es entstehe der Eindruck, daß die Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Bludenz, einen Aufhänger gesucht hat, um Arbeitskräfte für andere dringende Verbauungsmaßnahmen freizubekommen. GV DDr. Heiner BERTLE bemerkt dazu, daß es irgendwie verständlich ist, daß die Arbeiten eine gewisse Zeit hindurch eingestellt werden, solange man die Waldbefahrtem nicht in den Griff bekommt.

- c) die in der letzten Woche stattgefundene kommissionelle Verhandlung der Turnhalle und der Tiefgarage der Hauptschule Schruns-Dorf. Der Sachverständige für Geologie war leider nicht anwesend, habe jedoch gegenüber Architekt Bohle gewisse Bedenken geäußert. Weitere Probleme habe es hinsichtlich der Zufahrt mit dem Anrainer Alfred Salzgeber gegeben. Hier werde ein geologisches und eventuell ein sprengtechnisches Gutachten erstellt werden. Der hochbautechnische Sachverständige habe einen direkten Ausgang aus der Turnhalle und die ohnedies vorgesehenen "Zugang Salzgeber" zur Auflage gemacht, dem Hauptschulverband habe er 12 Einstellplätze vorgeschrieben. Seitens der Wildbach- und Lawinenverbauung wurde gefordert, bei der Garageneinfahrt ein Tor mit 300 kg/m² Druckfestigkeit, sowie eine Verstärkung der Shed-dachkonstruktion vorzusehen, da dieses Gebiet im weiteren Sinne in der gelben Zone liege. Hier wird ein weiterer Kontakt mit Dr. Stark notwendig werden, um das weitere Vorgehen abklären zu können. GV Ing. Rudolf HAUMER empfindet es als Brüskierung, daß sich Dr. Stark trotz der frühzeitigen Einladung den Termin nicht freihalten konnte. Die Anrainer haben noch keine entgeltliche Stellungnahme abgegeben, sodaß es einer weiteren kommissionellen Verhandlung bedarf. Abschließend vermerkt der Vorsitzende, daß im Laufe der Verhandlung festgestellt worden sei, daß der Bauabstand zu seinen Grundstücken nicht vollständig eingehalten werde.
- d) die Gespräche mit dem ORF hinsichtlich einer weiteren Abhaltung der Sendung "Wie die Alten sangen ..." in Schruns-Tschagguns - wobei eine Kostenteilung von 50:50 vereinbart ist.
- e) die Trachtengruppe Schruns, welche voraussichtlich als einzige Trachtengruppe im "Musikantenstadl", der im September erstmals in Moskau gastiert, teilnimmt.
- f) die Landschaftsreinigungsaktion am 30. April 1988. Die Vereine wurde bereits eingeladen. Ein Arbeitstrupp wird für die Aufräumarbeiten im Stiefentobel abgestellt.
- g) die Abrechnung des Hallenbades und der Tiefgarage für das Jahr 1987.
- h) die Generalversammlung der Hochjochbahnen GmbH, in welcher ein Beschluß hinsichtlich der Vergrößerung des Bergrestaurants gefaßt wurde. Weiters wurde der Aufsichtsrat ermächtigt, bzgl. der Gondelbahn ein Leasingverfahren "sale and lease back" zur Nutzung von Steuervorteilen und Aufdeckung stiller Reserven vorzunehmen.

Abschließend beantwortet der Vorsitzende die in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung die von GV Mag. Dr. Siegfried MARENT gemachte Anfrage hinsichtlich der Übernahme der Objekte von den Geschwistern Peter. Bei derzeit sechs Mietparteien und einem Geschäft werden monatlich, inkl. MWSt, S 23.700,- an Mieteinnahmen erzielt. Laut Vertrag darf an den bestehenden Anlagen vor Ableben der Geschwister Peter keine bauliche Änderung vorgenommen werden. Kürzlich sei eine Dachsanierung noch zu Lasten der Geschwister Peter vorgenommen worden. Die Reparaturen und Instandhaltungen werden sich in der nächsten Zeit im üblichen Rahmen bewegen.

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 34. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung 23.15 Uhr

Schruns, am 19. April 1988

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

(Gemeindesekretär)

(Bürgermeister)

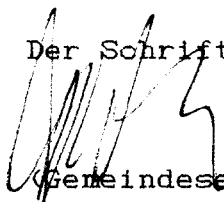
Abschließend beantwortet der Vorsitzende die in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung die von GV Mag. Dr. Siegfried MARENT gemachte Anfrage hinsichtlich der Übernahme der Objekte von den Geschwistern Peter. Bei derzeit sechs Mietparteien und einem Geschäft werden monatlich, inkl. MWSt, S 23.700,- an Mieteinnahmen erzielt. Laut Vertrag darf an den bestehenden Anlagen vor Ableben der Geschwister Peter keine bauliche Änderung vorgenommen werden. Kürzlich sei eine Dachsanierung noch zu Lasten der Geschwister Peter vorgenommen worden. Die Reparaturen und Instandhaltungen werden sich in der nächsten Zeit im üblichen Rahmen bewegen.

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 34. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung 23.15 Uhr

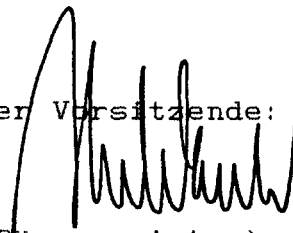
Schruns, am 19. April 1988

Der Schriftführer:



(Gemeindesekretär)

Der Vorsitzende:



(Bürgermeister)